

Gegenstand: Projekt "Alla Hopp" in Speyer; Information

Die Vorsitzende begrüßt Frau Orwat vom Planungsbüro UKAS.

Frau Orwat stellt mittels einer PowerPoint Präsentation den weit angelegten generationen-übergreifenden Beteiligungsprozess von Kindern, Jugendlichen, Familien und weiteren Interessierten sowie die aus den hier zusammengetragenen Wünschen und Vorschlägen entwickelte Planung für die Alla-Hopp-Anlage in Speyer vor.

Die Frage, ob man eine Parcours- oder eine Skateranlage errichtet, wurde zu Gunsten Parcours entschieden, da es in Speyer eine solche Anlage noch nicht gibt, aber bereits 3 Skateranlagen. Auch der Jugendstadtrat unterstützt diese Entscheidung, erläuterte die Vorsitzende. Die Stadt Speyer freue sich über das tolle Geschenk, dass die Dietmar-Hopp-Stiftung mit dieser tollen Anlage der Stadt mache.

Frau Keller-Mehlem fragt nach dem Vorhandensein von ausreichenden Parkplätzen. Frau Orwat und die Vorsitzende erläutern, dass ausreichend Parkplätze um die Anlage herum zur Verfügung stehen (Bantz-Stadion, FC Speyer 09).

Herr Schüler-Brandenburger zeigt sich beeindruckt davon, dass so viele Wünsche der jungen Menschen auf dem Gelände verwirklicht werden.

Frau Orwat gibt bekannt, dass -vorbehaltlich der Winterwitterung- vorgesehen ist, die Anlage noch vor den Sommerferien 2017 in Betrieb zu nehmen.

Die Vorsitzende dankt Frau Orwat für ihre Präsentation.

**Gegenstand: Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung für das Kindertagesstättenjahr 2016/2017;
Städt. Kindertagesstätte Cité de France – Reduzierung der Gruppenstärke der geöffneten Gruppen
Vorlage: 1974/2016**

Die Vorsitzende und Herr Stöckel erläutern die Vorlage.

Der Jugendhilfeausschuss fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die städt. Kindertagesstätte Cité de France reduziert zum Kindertagesstättenjahr 2016/2017 die Platzzahl der beiden geöffneten Gruppen von derzeit 20 Plätzen auf 18 Plätze.
Die Verwaltung beantragt die Änderung der Betriebserlaubnis zum Kindertagesstättenjahr 2016/2017.

**Gegenstand: Laufende Geldleistungen für Kindertagespflegepersonen;
Anpassung der Höhe der lfd. Geldleistungen für
Kindertagespflegepersonen
Vorlage: 1975/2016**

Herr Stöckel erläutert die Vorlage.

Frau Weber fragt an, ob für die Zahlungen im Bereich der Kindertagespflege Landeszuwendungen fließen, was seitens der Verwaltung verneint wird.

Das Problem der interkommunalen Vergleichbarkeit der gezahlten Geldleistungen und Zusatzleistungen wird auf Anfrage von Frau Weber seitens der Verwaltung bestätigt. Jede Kommune nimmt hier ihre örtliche Zuständigkeit wahr und schlägt den Jugendhilfeausschüssen je nach Bedarfssituation die Höhe der einzelnen Beträge auf der Grundlage der gesetzl. Normierungen im SGB VIII vor.

Die Vorsitzende betont noch einmal die Wichtigkeit des Angebotes der Kindertagespflege. Es ist ein für Eltern äußerst flexibles Angebot, das so in Kindertagesstätten nicht vorgehalten werden kann und hilft der Kindertagesstättenbedarfsplanung, da noch nicht alle Rechtsansprüche in Bereich der institutionellen Betreuung erfüllt werden können. Infolge des hohen Engagements des Kinderschutzbundes bei der Qualifizierung, Beratung und Vermittlung von Kindertagespflegepersonen konnte das Angebot in den vergangenen Jahren stetig ausgebaut werden. So konnten alle Betreuungswünsche von Eltern bislang erfüllt werden, was dazu beigetragen hat, dass seitens der Eltern noch keine Klagen auf Bereitstellung eines Kindertagesstättenplatzes gegen die Stadt erhoben wurden.

Frau Montero-Muth fragt nach der Einhaltung der DGE-Standards bei der Verpflegung von Kindern im Rahmen der Betreuung in Kindertagespflege. Hier weist Herr Stöckel zum einen darauf hin, dass wir als Verwaltung den selbstständig tätigen Kindertagespflegepersonen keine Vorgaben machen können, aber in den Betreuungsverträgen zwischen den Kindertagespflegepersonen und den Eltern auch die Verpflegung bilateral vereinbart werden kann. Zum anderen ergänzt Frau Keller-Mehlem, dass im Rahmen der Qualifizierung der Kindertagespflegepersonen das Thema „Gesunde Ernährung“ einen wichtigen Baustein darstellt.

Der Jugendhilfeausschuss fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Höhe der laufenden Geldleistungen für Kindertagespflegepersonen wird ab dem 01.01.2017 wie folgt gestaffelt:

Für Kindertagespflegepersonen mit Grundqualifikation: **3,00 €** je Betreuungsstunde

Für Kindertagespflegepersonen mit Grund- und Aufbauqualifikation nach den Richtlinien des

Deutschen Jugendinstituts (160 Unterrichtseinheiten): **4,50 €** je Betreuungsstunde

Sachkostenpauschale: **20,00 €** je Kind und Monat.

11. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Speyer am 14.09.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

Gegenstand: Trennungs- und Scheidungsberatung; Übertragung der Aufgabe an die Erziehungs- und Familienberatungsstelle der Diakonissen Speyer-Mannheim; Sachstandsinformation

Frau Völcker und Frau Schneider informieren den Ausschuss darüber, dass zzt. Gespräche mit dem Träger Diakonissen-Speyer geführt werden, um die Kooperationsvereinbarung inklusive Verfahrensabläufe zu erstellen und dem JHA in seiner nächsten Sitzung vorzustellen.

Auch gab es noch einmal im Vorfeld der Sitzung ein klärendes Gespräch zu finanziellen Fragen mit Herrn Rottmann.

Gegenstand: Verschiedenes

Frau Stoll dankt den Trägern und Leitungen der Speyerer Kindertagesstätten für die hervorragende Unterstützung bei der Bearbeitung der Umfrage bei den Familien im Rahmen des ersten Bausteins des Armuts- und Reichtumsberichtes. Es wurden 1.800 Fragebögen verteilt und die Rücklaufquote beträgt bei 632 ausgefüllten Bögen erfreuliche 35%. Derzeit werden die Ergebnisse ausgewertet. Als Vorabinformation gab Frau Stoll bekannt, dass 139 Familien angaben, in Armut zu leben, das entspricht einem Anteil von 20% der ausgefüllten Fragebögen.

Frau Völcker informiert, dass die Stadt Speyer ihre Zuweisungsquote aktuell mit 39 UMA erfüllt habe. Zurzeit ist ein leichter Anstieg der Zuwanderungszahlen bundesweit zu verzeichnen. Rheinland-Pfalz nimmt entsprechend ca. 20 UMA/ Woche aus Baden-Württemberg auf.

Frau Montero-Muth fragt nach den Betreuungssettings der UMA in Speyer. Herr Schüler-Brandenburger und Frau Kindsvater erläutern die integrativen Konzepte ihrer Wohngruppen sowie die ambulante Betreuung einzelner junger Menschen in eigenen Wohnungen. Die Vorsitzende lobt das hohe Engagement einiger Speyerer Schulen, insbesondere das der Grundschulen, der Realschule Plus und der Berufsbildenden Schule. Es gäbe hier ein sehr gutes Miteinander zwischen Stadt-Schulen und ADD.

Auf einen Hinweis zum Impfschutz von Frau Dr. Khan-Blouki erläutert Frau Völcker, dass über die Einrichtung einer Vormundschaft bei allen unbegleiteten Minderjährigen die Gesundheitsfürsorge vollumfänglich gewährleistet ist.

Frau Völcker erläutert, dass es weiterhin keinen Referentenentwurf zur Novellierung des SGB VII gibt, aber unterschiedliche Entwurfsfassung im Land „kursieren“, die letzte vom 23.08.16. Das DIJuF hat eine eigene Homepage erstellt, der man weitere Inhalte zum aktuellen Diskussionsstand entnehmen kann: www.kijup-sgbviii-reform.de. In der AG 78 wurde sich darauf verständigt, sobald sich abzeichnet, welche Änderungen kommen werden, im Rahmen eines zusätzlichen Sitzungstermins den JHA darüber zu informieren. Die Vorsitzende informiert über neue Beratungsangebote, die in einer Veranstaltung für Jugendamtsleitungen des Familienministeriums RLP zum Thema UMA bekannt gegeben wurden:

- Beratungsstelle „Leitplanke“: Beratungsangebote zur Prävention religiöser Radikalisierung
nähere Infos: www.leitplanke-rlp.de
- Beratungsstelle „Salam“: Beratungsangebote zur Intervention bei religiöser Radikalisierung

nähere Infos: www.beratungsstelle-salam.de (tel. Anfragen: 06131-617297)

Weiter informiert die Vorsitzende, dass das Kinder- und Jugendschutzgesetz jetzt in einer 6sprachigen Auflage erschienen ist und die Verwaltung für die nächste Sitzung des Ausschusses Verteil Exemplare bestellen wird.

Herr Faus gibt einen kurzen Überblick über die durchgeführten Testkäufe im Kontext der Prüfung der Einhaltung des Jugendschutzgesetzes: An insgesamt 7 Verkaufsstellen wurden

Testkäufe durchgeführt, nur in 2 Fällen handelten die Angestellten gesetzeskonform. Es wird noch ein gemeinsames Auswertungsgespräch mit der Polizei SP und der Ordnungsbehörde geben. Herr Faus geht davon aus, dass bei dieser Bilanz weiterhin Testkäufe geplant und durchgeführt werden.

Die Vorsitzende weist abschließend auf eine Fachtagung zum Thema Flüchtlingsfamilien am 27.10.16 hin, zu der die Einladungen seitens des Landes via E-Mail verteilt wurden.

11. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Speyer am 14.09.2016



11. Sitzung des Jugendhilfeausschusses 14.09.2016 **Monika Kabs**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!